



Europäisches Jahr der Bürgerinnen und Bürger 2013

MANIFEST

DIE AKTIVE UNIONSBÜRGERSCHAFT STEHT FÜR DAS VERFOLGEN DER IN DEN VERTRÄGEN VERANKERTEN GEMEINSAMEN EUROPÄISCHEN ZIELE UND WERTE

Die Europäische Kommission hat vorgeschlagen, das Jahr 2013 zum Europäischen Jahr der Bürgerinnen und Bürger zu erklären, um den zwanzigsten Jahrestag der Einführung der Unionsbürgerschaft durch die Maastrichter Verträge zu würdigen.

Bedeutende europäische Organisationen und Netzwerke der Zivilgesellschaft haben sich zusammen getan und die Allianz des Europäischen Jahres der Bürgerinnen und Bürger 2013 gegründet*, mit dem Ziel, die Unionsbürgerschaft in den Mittelpunkt der politischen Agenda zu rücken. Gestützt auf die Erfahrung und Expertise ihrer Mitglieder, die sich kontinuierlich dafür einsetzen, dass die Unionsbürgerschaft eine permanente und transversale Dimension der Entscheidungsfindung, Implementierung und Evaluierung der europäischen Politik wird, wird die Allianz Aktivitäten zur Förderung einer bürgerfreundlichen Europäischen Union durchführen, die sich nicht länger nur auf rein wirtschaftliche Anliegen beschränkt, sondern vielseitige Ausdrucksformen und die Mobilisierung der aktiven Bürgerschaft erleichtert und unterstützt.

Wir sollten die Entwicklung einer Unionsbürgerschaft begleiten, die nicht nur auf den Rechten des einzelnen basiert, sondern darüber hinaus das Zugehörigkeitsgefühl zu einer gemeinsamen europäischen Zukunft angeht.

AKTIVE UNIONSBÜRGERSCHAFT IM RAHMEN EINES DEMOKRATISCHEN EUROPAS

Die aktive Unionsbürgerschaft wurde innerhalb der Europäischen Union schon auf vielfache Weise ausgelegt. Das Jahr 2011 wurde zum ‚Europäischen Jahr der aktiven und partizipativen Unionsbürgerschaft‘ ernannt, bekannter unter dem Namen Europäisches Jahr der Freiwilligentätigkeit. Freiwilligentätigkeiten sind Ausdruck einer aktiven Bürgerschaft, implizieren jedoch nicht notwendigerweise eine Beteiligung an öffentlichen Angelegenheiten.

Für uns steht aktive Bürgerschaft vor allem für die aktive Einbindung der Bürgerinnen durch ihre Partizipation am Leben ihrer Gemeinschaften und damit an der Demokratie in Bezug auf Aktivität und Entscheidungsprozesse. Aktive Bürgerschaft ist mehr als an gemeinnützige Organisationen zu spenden, wählen zu gehen oder als Ehrenamtliche/r zu arbeiten. Definitionen von Partizipation, die sich auf politische Partizipation oder eine enge Auslegung von Ehrenamt beschränken, sind nicht in der Lage, die Vielfältigkeit des bürgerschaftlichen Engagements in Europa zu erfassen. Um der

aktiven Unionsbürgerschaft ihre volle Bedeutung und die Bandbreite einzuräumen, die sie verdient und um dazu beizutragen, die Kluft zwischen den Bürgerinnen und den Europäischen Institutionen zu verringern, ist es unumgänglich, Gebrauch von den neuen Möglichkeiten zu machen, die der Artikel 11 des Vertrags über die Europäische Union hinsichtlich der Beteiligung der Bürgerinnen am demokratischen Leben der Europäischen Union eröffnet.

Für uns bedeutet aktive Bürgerschaft:

- Eine demokratische Bürgerschaft, die auf dem Rechtsstatus der Bürgerinnen beruht und alle Aspekte des Lebens in einer demokratischen Gesellschaft einschließt wie unter anderem Bildung, Kultur, nachhaltige Entwicklung, Gleichbehandlung, die Integration ethnischer Minderheiten, die Beteiligung am gesellschaftlichen Leben von Menschen mit Behinderungen und die Gleichstellung der Geschlechter, einschließlich einer gleichen Repräsentation von Frauen und Männern an Entscheidungsprozessen, etc.;
- Eine demokratische Bürgerschaft, die den Bürgerinnen und zivilgesellschaftlichen Organisationen durch die Wahl ihrer Repräsentanten im Europäischen Parlament ein Mitspracherecht in politischen Gestaltungs- und Entscheidungsprozessen auf EU –Ebene garantiert. Angesichts der anstehenden Europawahlen im Jahr 2014 und der ständig wachsenden Kluft zwischen der Europäischen Union und ihren Bürgern/Innen, die bestätigt wurde durch die niedrige Wahlbeteiligung bei den letzten Europawahlen und durch Umfragen, die wiederholt das mangelnde Bewusstsein der Bürgerinnen für eine Unionsbürgerschaft oder eine europäische Identität aufzeigt, könnte nicht mehr auf dem Spiel stehen;
- Eine demokratische Bürgerschaft, die garantiert, dass europäische Institutionen öffentliches Vertrauen genießen und dass Bürgerinnen und Organisationen der Zivilgesellschaft aktiv in die Entscheidungsprozesse auf allen Ebenen –der lokalen, nationalen sowie europäischen - eingebunden werden. In dieser Hinsicht würde die Verabschiedung eines interinstitutionellen Abkommens über einen strukturierten Rahmen des europäischen Bürgerdialogs einer derartigen aktiven und partizipatorischen Bürgerschaft eine dauerhafte und praktische Substanz verleihen, im Einklang mit den Bestimmungen des Vertrags von Lissabon und der europäischen Bürgerinitiative;
- Eine demokratische Bürgerschaft, die zwangsläufig auch auf Ebene der Mitgliedsstaaten agieren muss, so dass die Strukturen für das Engagement der Bürgerinnen zugänglich und Teil der Erfahrung jeden Bürgers/jeder Bürgerin sind. Sowohl alle EU-Bürgerinnen als auch alle EinwohnerInnen der EU-Beitrittsländer und darüber hinaus sollten ihre Rechte Gebrauch nutzen und ihrer Verantwortung gerecht werden und sich aktiv für die Aktionen der EU 2013 einsetzen. Durch die vertiefte Kooperation mit lokalen Behörden als Hauptakteure des Europäischen Jahres 2013, sollte dies auch ihre Beteiligung an der lokalen Regierungsführung fördern;
- Eine demokratische Bürgerschaft, die gewährleistet, dass alle Bürgerinnen am Leben ihrer Gemeinschaften und an der Politikgestaltung teilnehmen können, einschließlich der am meisten benachteiligten Gruppen, die oft am weitesten vom Prozess des Aufbaus einer Europäischen Gemeinschaft entfernt sind. Niemand kann seine/ihre Bürger- und politischen Rechte ausüben, wenn seine/ihre soziale und wirtschaftliche Rechte nicht gewährleistet sind, und die Europäische Union sollte den Beitrag der am stärksten Benachteiligten nicht übergehen.

**Ein lebenslanger
Prozess**

Wahlbeteiligung

Bürgerdialog

**Beteiligung an
lokaler
Regierungsführung**

**Soziale
Bürgerschaft**

Damit Bürgerinnen sich mit der Entwicklung von Politik befassen, müssen effektive Mechanismen eingeführt werden, um den Bürgerinnen diversifizierte und objektive Information und Bildung anzubieten. Die Fähigkeit lokaler Gruppen und der organisierten Zivilgesellschaft auf Bürgerinnen zuzugehen und mit Institutionen zusammenzuarbeiten, muss ebenfalls weiterentwickelt werden. Der Aufbau dieser Kapazitäten und der direkte Ansatz der Bürgerinitiative wären zentrale Elemente für die Befähigung der Bürger und würden das Engagement für das europäische Projekt fördern. Internet und die Entwicklung sozialer Netzwerke bieten neue Möglichkeiten, über welche Bürger, vor allem junge Leute, zusammenkommen und über Grenzen hinweg kommunizieren können.

Dies stellt sich die Allianz EYC2013 als Repräsentant der wichtigsten Akteure aus der Zivilgesellschaft, die sich für die Anliegen der Bürgerinnen einsetzen und ihre Meinungen in Bezug auf die verschiedensten Bereiche der europäischen Politik vertreten unter demokratischer Bürgerschaft vor.

WOFÜR STEHT DIE UNIONSBÜRGERSCHAFT 20 JAHRE NACH IHRER EINFÜHRUNG?

Rechtlich gesehen garantiert die Unionsbürgerschaft die Freizügigkeit und einige politische Rechte, die, zusammen mit der Vertiefung des Binnenmarkts für Waren und Dienstleistungen, zu der Stärkung des Zugehörigkeitsgefühls zu einer Gemeinschaft beitragen sollen. Europa ist Teil des Alltags seiner Bürgerinnen, aber die Rechte und Vorteile, die sich aus dieser „Binnenmarktbürgerschaft“ ergeben, beschränken sich im Moment vor allem auf den Bereich Mobilität. Das bedeutet, dass sie im Grunde nur 'im Ausland' wirksam werden. Aber was ist mit denjenigen, die nicht reisen, im Ausland studieren oder arbeiten und für die die Unionsbürgerschaft daher nur ein abstraktes und bedeutungsloses Konzept bleibt? Und wie steht es mit den Einwohnern, die arbeiten, Steuern zahlen, an sozialen, an Gemeinschaftsaktivitäten beteiligt sind, aber keinen Reisepass eines EU-Mitgliedstaates besitzen?

Diese sehr herausfordernden Fragen zeigen, dass das Konzept der Unionsbürgerschaft eine Wechselbeziehung zwischen der Gemeinschaft und den Bürgerinnen umfasst. Der Vertrag von Lissabon bietet einen größeren Spielraum für die Entwicklung der in einer Wertegemeinschaft verwurzelten Unionsbürgerschaft und stärkt zudem ihre soziale und politische Dimension, indem sie der Charta der Grundrechte denselben rechtlichen Rang wie den Verträgen einräumt. Damit wurden die Voraussetzungen dafür geschaffen, Bürgerinnen und Organisationen der Zivilgesellschaft voll in den europäischen Prozess einzubinden.

Das Europäische Jahr der Bürgerinnen und Bürger 2013 sollte diesen vielseitigen Ansatz widerspiegeln, die in der Charta der Grundrechte verankerten Rechte effizient umsetzen und geeignete Kontrollmechanismen erschaffen. Darüber hinaus sollte die Unionsbürgerschaft auf dem Prinzip des Wohnsitzes beruhen und im Namen der Universalität der Rechte sollten alle Einwohnerinnen der Europäischen Union Gleichbehandlung und dieselben Rechte, am öffentlichen Leben teilzunehmen, genießen.

AKTIVE BÜRGERSCHAFT: DER WEG IN DIE ZUKUNFT

Partizipative Demokratie erfüllt die heutigen Bedürfnisse des europäischen demokratischen Regierens in der Union, indem es die repräsentative Demokratie ergänzt und stärkt. Die Einbeziehung der organisierten Zivilgesellschaft in die Politikgestaltung und die Vorbereitungen von Entscheidungen stärkt die demokratische Legitimität der öffentlichen Institutionen, ihrer Arbeit und Aktionen. Die Qualität des Bürgerdialogs – einschließlich des sozialen Dialogs als maßgebliches Element des Bürgerdialogs - ist ein Indikator für den Gesundheitszustand unserer Demokratien.

Artikel 11 des Vertrags von Lissabon hat das Potential, eine besonders wichtige Rolle zu spielen, da er die institutionelle Verpflichtung zu einem 'offenen, transparenten und regelmäßigen Dialog' zwischen den europäischen Institutionen und der Zivilgesellschaft bedeutet und darauf abzielt, das von vielen Kritikern angeprangerte Problem des 'Demokratiedefizits' zu lösen und gleichzeitig eine aktive Unionsbürgerschaft bietet. Trotz dieser Fortschritte muss noch viel getan werden, um diese Verpflichtungen in eine konkrete und zukunftsfähige Praxis umzuwandeln.

Obwohl der Vertrag von Lissabon 'Bürgerinnen und Bürgern und repräsentativen Verbänden' die 'Möglichkeit gibt, ihre Ansichten zu allen Bereichen des Handelns der Union öffentlich zu verbreiten und auszutauschen', variieren die Meinungen stark darüber, wie dies erreicht werden sollte. Dies hat einige zu der Aussage veranlasst, dass die Idee der 'effektiven Konsultation' weder angemessen erkundet noch angewandt wurde.

Wir glauben fest daran, dass unsere Allianz das angemessene Forum ist, um EYC 2013 Aktivitäten zu erreichen, welche die aktive und partizipatorische Bürgerschaft in der repräsentativen Demokratie fördern und den Weg dazu ebnen, das europäische Projekt in der gegenwärtigen globalen Krise wieder aufleben zu lassen – ein notwendiger Schritt im Hinblick auf die Europawahlen im Jahr 2014. Sie ist ein Weg, für Bürgerinnen und Organisationen der Zivilgesellschaft, sichtbar an öffentlichen Debatten teilzunehmen und ihre Meinungen kund zu tun und für die europäischen Institutionen, Feedback dazu zu geben, wie den Bedenken der Bürgerinnen Gehör geschenkt wurde und berücksichtigt wurden.

In diesem Rahmen möchten wir Aktivitäten gestalten, die die Erwartungen der Bürgerinnen in Bezug auf die partizipatorische Demokratie wecken und durch die Umsetzung des Artikels 11 dafür sorgen sollen, dass sie sich angesprochen fühlen. Dies ist unsere Reaktion auf die gegenwärtige Unzufriedenheit mit den europäischen Institutionen angesichts der Wirtschaftskrise und wir fordern die europäischen politischen Führer auf, in dieser Hinsicht aktiv zu werden.